

L1Neu Klimagerechtigkeit jetzt

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 12.10.2018

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Mitteleuropa erlebte 2018 einen weiteren Rekordsommer und die Landwirtschaft beklagt ein weiteres Mal hohe Ernteaufschläge. Was jedoch in den Industriestaaten durch technische und finanzielle Aufwendungen kompensiert werden kann, bedeutet für viele Menschen in anderen Teilen dieser Erde eine existenzielle Bedrohung. Eine Bedrohung, für die sie nicht verantwortlich sind. Hauptverantwortlich für Umweltzerstörung und Treibhausgasemissionen sind vor allem Industriestaaten wie Deutschland. Doch nicht sie sind es, die die Hauptfolgen der menschengemachten Klimaveränderung zu tragen haben.

Die Bewohner*innen von Inselstaaten wie Kiribati, Küstenregionen wie in Süd-Myanmar oder Gebieten, die von Hitzewellen und Verödung bedroht sind, sind am massivsten und direktesten schon jetzt von der Klimakrise betroffen. Wenn diese Menschen vor Hunger und Elend fliehen, die sie nicht selbst zu verantworten haben, dann ist es die Pflicht der EU, diesen Klimageflüchteten eine Aufenthaltserlaubnis für die Europäische Union anzubieten. Zudem muss Klimaflucht als offizieller Fluchtgrund in die Genfer Flüchtlingskonvention aufgenommen werden.

Es ist unsere Pflicht, die Klimakrise einzudämmen und für Klimagerechtigkeit zu sorgen!

Energie

Das Abwenden einer Klimakatastrophe ist nicht möglich, ohne einen baldmöglichsten Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen, soll die Landesregierung auf allen Landesgebäuden, bei denen es effizient ist, Photovoltaikanlagen anbringen. Wir fordern die Landesregierung auf, eine Initiative zum Kohle-Im- und Exportverbot in den Bundesrat einzubringen und sich ganz klar für einen möglichst schnellen Kohleausstieg auszusprechen.

Das Land muss die Errichtung von Windkraftanlagen, bevorzugt in kommunaler Trägerschaft, unterstützen um einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Wir fordern ein aktives Einsetzen dafür, dass die nötigen Treibhausgaseinsparungen in RLP erreicht werden.

Verkehr

Der Verkehrssektor ist maßgeblich verantwortlich für klima- und gesundheitsschädigende Emissionen.

Dabei ist die schädlichste Mobilitätsform der motorisierte Individualverkehr. Deshalb muss endlich diese Form des Individualverkehrs eingeschränkt und der gesamte Sektor von fossilen Energiequellen gelöst werden.

Unser Ziel ist es, die Mobilität der Menschen zu gewährleisten ohne dabei unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Dies geht nur durch sukzessives Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehrs und die politische und finanzielle Unterstützung der Verkehrsträger des öffentlichen Personenverkehrs und des Fahrrads. Auch deshalb fordern wir den Stopp von Autobahnneubauten, wie etwa des

47 A1-Lückenschlusses in der Eifel.

48

49 Der Flugverkehr gehört zu den klimaschädlichsten aller Reisearten. Flugreisen
50 werden bei billigen Fluglinien zu Dumpingpreisen angeboten. Kerosin ist
51 steuerfrei - Bahnstrom jedoch nicht. Wir fordern hier einen Kurswechsel. Der
52 Steuersatz auf Leistungen des Schienenverkehrs und auf Bahnstrom soll auf 0%
53 verringert werden. Inlandsflüge müssen folglich durch attraktive Zugverbindungen
54 an Reiz verlieren. Außerdem fordern wir ein Verbot von Kurzstreckenflügen unter
55 600km.

56 Wir fordern im Mittelrheintal anstatt Brückenprojekten einen 24-stündigen,
57 subventionierten emissionsfreien Fährverkehr. Sollte eine Brücke gebaut werden,
58 sollte diese ausschließlich für Fußgänger und Fahrradfahrer genutzt werden.

59 Kommunale Einrichtungen sollen zu Nahwärmeinseln zusammengeschlossen werden und
60 die Möglichkeit, für alle Haushalte mit Blockheizkraftwerken ans Fernwärmenetz
61 angeschlossen zu werden, soll verbessert werden. Dies ist nicht nur für die
62 Kommunen energiesparend und somit klimaschonend, sondern auch kostensparend.

63 Elektrifizierung und Modernisierung von Regionalbahnstrecken, wie etwa der
64 Bahnstrecke Neustadt(Weinstr.)-Landau-Karlsruhe oder Köln-Gerolstein-Trier
65 können einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und das Angebot
66 attraktiver machen. Elektrifizierte Nebenbahnstrecken können dann auch zur
67 Entlastung der stark belasteten Strecken genutzt werden. Auch deshalb muss
68 Rheinland-Pfalz auf Nachbesserungen, neben den lächerlichen 5 Millionen Euro,
69 die dazu im Bundeshaushalt eingeplant sind, hinarbeiten und auch eigene Gelder
70 zur Verfügung stellen.

71 Die Reaktivierung von Bahnstrecken, etwa den Strecken der Hunsrückquerbahn, der
72 Zellertalbahn oder der Strecke Landau-Germersheim muss weiter forciert werden.

73

74 Der Nah- und Fernverkehr muss jedem Menschen, egal ob in der Vulkaneifel oder in
75 Mainz zugänglich sein und ein attraktives Angebot darstellen. Dazu gehört,
76 insbesondere in den Abendstunden und an Wochenenden, eine Verdichtung des
77 Fahrtaktes und die intelligente Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln, wie etwa
78 Car Sharing, elektrifizierte Lastenräder oder Fahrräder.

79

80 Wir fordern einen kostenlosen, umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr und
81 eine Steigerung der Investitionen, insbesondere in das Schienennetz.

82

83 Ein wichtiges Schlüsselement in der Entwicklung eines CO₂-neutralen Verkehrs
84 stellt das Fahrrad dar. Hierzu müssen Fahrradwege besser ausgebaut, beschildert
85 und unterhalten werden. Darum fordern wir auf Landesebene das
86 Verkehrsministerium mit Nachdruck auf, den Bau der geplanten Radschnellwege bei
87 Mainz, Trier und Ludwigshafen endlich umzusetzen und den Radverkehr stärker zu
88 fördern. Vor Ort müssen die Kommunen die vorhandenen Fördermittel ausschöpfen
89 und moderne Verkehrskonzepte entwickeln, die das Fahrrad als gleichberechtigtes
90 Verkehrsmittel betonen. Aber nicht nur der Ausbau der Fahrradwege muss
91 betrachtet werden. Genauo wichtig ist es, dass bei der Neuanlage von Straßen ein
92 Fahrradweg verbindlich miteingeplant und errichtet wird. Vor Allem bei Neu- und
93 Umbaumaßnahmen von Gebäude- und Parkflächen müssen Fahrradstände und
94 Ladestationen für E-Bikes errichtet werden. Außerdem sollten Fahrräder generell
95 kostenfrei in allen öffentlichen Verkehrsmitteln mitgenommen werden können.

96 Nur so können wir eine nahtlos ineinandergreifende, kooperative, ökologische
97 Mobilität ermöglichen.

98

99 Abfall/Konsum

100

101 Unser Wirtschafts- und Konsumverhalten hat einen enormen Einfluss auf den
102 Planeten und dessen Bewohner*innen. Hier zeigt sich ein deutliches
103 Missverhältnis bei Verursachenden und Leidtragenden dieses Einflusses.
104 Die Konsumgesellschaften der Industriestaaten produzieren direkt und indirekt
105 die meisten Emissionen und Abfälle. Die Folgen davon haben aber in vielen Fällen
106 die Menschen in Nicht-Industriestaaten zu tragen.

107 Der Export von Müll muss komplett verboten und eine verpflichtende Recycling-
108 Quote, welche die aktuelle (Stand 12.10.18) übersteigt beschlossen.

109 Auch muss mehr dagegen getan werden, dass Müll überhaupt entsteht. Die
110 Verpackung von beispielsweise Obst und Gemüse in Plastik, entbehrt jeder Logik
111 und muss aufgrund ihrer ökologischen Folgen, ebenso wie Plastiktüten, verboten
112 werden.

113 Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt und gegebenenfalls
114 angepasst werden.

115 Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine
116 Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen
117 Umweltverschmutzung fördert.

118 Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen.

119 Zum Schutz unserer Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafenmüllgebühr
120 abzuschaffen um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss
121 besonders bei dem Verladen und Ablösen von Düngemitteln auf einen besseren
122 Umweltschutz geachtet werden.

123 Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter
124 verpflichtet werden auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind dazu zu
125 verpflichten den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu Einwegplastik
126 zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den Besuchern von
127 Großveranstaltungen immer ermöglicht werden.

128 Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder
129 pharmazeutische Rückstände, müssen in adäquater Weise durch unsere Kläranlagen
130 beseitigt werden können. Dazu sind die kommunalen Kläranlagen entsprechend
131 nachzurüsten.

132

133 Landwirtschaft

134

135 Die konventionelle Landwirtschaft schadet nicht nur der Umwelt in größtem Maße,
136 sondern ignoriert das Wohl der ausgebeuteten Tiere. Unser Ziel ist eine
137 generelle Überwindung von Nutztierhaltung. Ein erster Schritt dorthin ist das
138 Überwinden von Tierhaltung ohne Weidegang, aber auch der Übergang vom
139 schmerzhaften Ohrmarken zum chippen. Um die Unmengen an Fleischabfällen, die
140 täglich aus Deutschland in Entwicklungsländer verschifft werden zu verringern,
141 muss die verpflichtende Gesamtverwertung des Schlachtkörpers eingeführt werden.

142 Die europaweiten Biostandards sind oft unzureichend und täuschen den
143 Verbrauchenden eine umweltfreundliche Produktion vor.

144 Denn das europaweite Biosiegel erlaubt doppelt so viele der pro Fläche
145 gehaltenen Legehennen oder Masthühner wie die drei größten deutschen Bioverbände
146 Bioland, Demeter und Naturland.

147 Konkret bedeutet das: Die EU und alle drei Anbauverbände empfehlen pro Hektar
148 die Tierhaltung von 2 Milchkühen oder 5 Mastkälbern. Bei anderen Nutztierarten
149 gehen die Vorschriften der EU und die der Anbauverbände noch weiter auseinander:
150 während die EU pro Hektar 14 Mastschweine zulässt, sehen Bioland, Naturland und
151 Demeter maximal 10 vor. Noch gravierender sind die Unterschiede bei den
152 Besatzdichten von Geflügel, denn 580 Masthühner oder 230 Legehennen dürfen laut
153 EU-Bio-Verordnung pro Hektar gehalten werden - Mitglieder der drei Anbauverbände
154 erlauben dagegen "nur" 280 Masthühner oder 140 Legehennen.
155 Die EU-Bio-Siegel-Richtlinien machen keine Angaben zur Distanz des Schlachthofs.
156 Während der Transport bei Bioland, Demeter und Naturland auf maximal vier
157 Stunden oder 200 Kilometer beschränkt ist, kann ein Schwein mit EU-Bio-Siegel
158 eine Fahrt durch halb Europa hinter sich haben.
159 Deshalb hat das EU-Bio-Siegel nicht viel mit Nachhaltigkeit und ausdrücklich
160 Tierwohl zu tun. Darum fordern wir nicht nur die Richtlinien des Bioland
161 Verbandes als Mindeststandard, sondern auch ein ausagekräftiges, transparentes
162 Tierwohllabel. Denn schon jetzt fordert fast 90% der Bevölkerung bessere
163 Standards in der Tierhaltung und mehr Transparenz im Produktionsprozess (Quelle:
164 BMEL-Ernährungsreport 2017). Aber auch ein Klima-Label für Lebensmittel ist
165 überfällig, um für den Verbraucher transparent den Wasserverbrauch, den
166 Transportweg und CO₂ Ausstoß des zu kaufenden Lebensmittel aufzuschlüsseln.

167 Das Insektensterben nimmt immer erschreckendere Ausmaße an und gefährdet das
168 Gleichgewicht unserer gesamten Ökosysteme. Daher muss insektenfreundliches
169 Dauergrünland und weitere Maßnahmen noch stärker gefördert werden. Die
170 Landesregierung muss hierbei mit gutem Beispiel vorangehen und das Dauergrünland
171 des Landes und der Kommunen in Tierparadiese umwandeln. Die Kommunen sollen dazu
172 angehalten werden Flächen auszuweisen.
173 Zusätzlich muss ein Herbizid- und Neonicotinoidverbot auf allen Landes- und
174 Kommunalf Flächen eingeführt und in alle Pachtverträge übernommen werden.
175 Die momentane Landwirtschaftssubventionierung fördert vor allem die industrielle
176 Landwirtschaft und schadet somit der Umwelt. In Zukunft darf nur noch
177 biologische Landwirtschaft gefördert und die Förderung von industrieller
178 Landwirtschaft komplett zurückgefahren werden. Denn durch kleinbäuerliche und
179 biologische Landwirtschaft wird ein erheblicher Beitrag zur
180 Biodiversitätssicherung, zum Gewässerschutz und der Ernährungssicherheit
181 geleistet.
182 Die Landesregierung muss sich deshalb dafür einsetzen, dass die Bundesregierung
183 die Richtlinien, nach denen die Fördermittel der EU verteilt werden, dahingehend
184 anpasst werden.

185
186 Moore und deren Schutz kommt eine Schlüsselposition im Klimaschutz zu. Moore
187 sind nicht nur Lebensraum für eine Vielzahl gefährdeter Tier- und Pflanzenarten,
188 sie sind auch ein exorbitant großer Speicher für Kohlenstoffdioxid. Die
189 Trockenlegung und Verbrennung von Mooren durch die Bundeswehr ist eine
190 Katastrophe für die Biodiversität und den Klimaschutz. Die Entwässerung von
191 Mooren und die damit zwangsläufig verbundene Freisetzung von CO₂ trägt mit 5%
192 einen enormen Einzelposten zu den menschengemachten CO₂-Emissionen bei.
193 Die Wiedervernässung von Mooren muss daher ein integraler Bestandteil von
194 Klimaschutzpolitik sein. So könnten enorme Mengen Kohlenstoffdioxid gebunden
195 werden.
196 Die Wiedervernässung von Mooren des globalen Südens zu finanzieren ist Aufgabe

197 von Industriestaaten, da sie so einen Beitrag zur Reduktion ihrer
198 Klimagasemission leisten können.

199 Vor allem muss sowohl Torfabbau als auch Torfimport verboten werden.

200
201 Es ist ein System zu entwickeln, in dem die Industriestaaten zur Finanzierung
202 der Bewältigung von Folgen der Klimaerwärmung in den Ländern des globalen Südens
203 herangezogen werden. Gleichwohl müssen die Industriestaaten Klimaschutzprojekte,
204 etwa den Bau von Photovoltaikanlagen in den diesen Ländern mit finanzieren.